



AMTSBLATT

FÜR DIE STADT COTTBUS/CHÓŠEBUZ / AMTSKE ĽOPJENO ZA MĚSTO COTTBUS/CHÓŠEBUZ

IN DIESER AUSGABE

AMTLICHER TEIL

- SEITE 1 BIS 2**
- Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

- SEITE 2**
- Satzung des Stadtmuseums Cottbus/Chóšebuz

- SEITE 3 BIS 4**
- Satzung des Wendischen Museums/Serbski muzej
 - Wustawki Serbskego muzeja

SEITE 4

- Entgeltordnung für das Stadtmuseum Cottbus/Chóšebuz und das Wendische Museum/Serbski muzej

- Entgeltordnung für die Nutzung von Räumlichkeiten des Stadtmuseums Cottbus/Chóšebuz und des Wendischen Museums/Serbski muzej

SEITE 5

- Besuchsordnung für das Stadtmuseum Cottbus/Chóšebuz und das Wendische Museum/Serbski muzej

SEITE 5 BIS 7

- Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Cottbus/Chóšebuz

SEITE 7 BIS 8

- Amtliche Bekanntmachung der Tagesordnung der 13. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Cottbus/Chóšebuz am 15.10.2025

NICHT AMTLICHER TEIL

SEITE 8

- Bekanntmachung des Fachbereiches Immobilien

AMTLICHER TEIL

Amtliche Bekanntmachung Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

Aufgrund des § 3 und des § 93 Absatz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 10], S., ber. [Nr. 38], zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2025 (GVBl. I/25, [Nr. 8]) i. V. m. § 3 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) vom 26. März 2009 (GVBl. II/09, [Nr. 11], S. 150), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 2024 (GVBl. II/24, [Nr. 81]) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz in ihrer Sitzung am 24.09.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsstellung und Name des Eigenbetriebes

- (1) Der „Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus“ wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften insbesondere des § 93 BbgKVerf und der Eigenbetriebsverordnung (EigV) sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt.
- (2) Der Eigenbetrieb trägt den Namen „Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus“.

§ 2 Gegenstand des Eigenbetriebes

Aufgabe des „Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus“ ist die

1. Verwaltung und Bewirtschaftung
 - a) der dem Sondervermögen „Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus“ zugeordneten Sportanlagen und -einrichtungen,
 - b) des Sportzentrums Cottbus, einschließlich der Lausitzer Sportschule Cottbus und

- c) von Wohnheimen und Internaten zur Unterbringung von Schülerinnen und Schülern von Schulen in Trägerschaft der Stadt Cottbus/Chóšebuz,
2. die Sport- und Sportstättenentwicklungsplanung der Stadt Cottbus/Chóšebuz sowie das hiermit verbundene Fördermittelmanagement,
 3. Sportförderung und
 4. die Vergabe der städtischen Sportstätten.

Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze – insbesondere § 92 Abs. 2 BbgKVerf – auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes unmittelbar dienen.

§ 3 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird in Höhe von 260.000 € festgesetzt.

§ 4 Zuständige Organe

Für die entsprechenden Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind folgende Organe zuständig:

1. die Stadtverordnetenversammlung;
2. der Werksausschuss;
3. die Werkleitung.

Für die Oberbürgermeisterin bzw. den Oberbürgermeister gilt § 9 dieser Satzung.

§ 5 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird durch die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung kann aus bis zu 2 Mitgliedern bestehen.
- (2) Die Werkleitung nimmt die Aufgaben nach § 5 EigV wahr. Sie leitet den Eigenbetrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit diese nicht nach den Bestimmungen der BbgKVerf, der EigV oder dieser Betriebs-

satzung den anderen Organen des Eigenbetriebes vorbehalten sind. Sie ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes nach kaufmännischen Grundsätzen verantwortlich.

- (3) Der Werkleitung obliegen insbesondere die laufenden Geschäfte (Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und Betriebsführung) des Eigenbetriebes. Dazu gehören unter anderem alle im täglichen Betrieb regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen, die zur Durchführung der Aufgaben, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum reibungslosen Geschäftsablauf notwendig sind. Sie entscheidet zusätzlich in allen Angelegenheiten nach § 7 Absatz 4 dieser Satzung genannten Angelegenheiten, soweit die dort bestimmten Wertgrenzen im Einzelfall unterschritten werden.
- (4) Die Werkleitung ist Vorgesetzte aller Beschäftigten des Eigenbetriebes. In dieser Funktion ist sie befugt zur Steuerung der innerbetrieblichen Organisation, den Beschäftigten des Eigenbetriebes fachliche Weisungen zu erteilen.
- (5) Die Werkleitung wird im Auftrag der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters in folgenden personalrechtlichen Angelegenheiten tätig:
 - a) Einstellung, Umsetzung, Abmahnung und Kündigung,
 - b) Unterzeichnung von Arbeits- und Aufhebungsverträgen sowie
 - c) Änderung von Arbeitsverträgen.
- (6) Der Werksausschuss erhält vierteljährlich einen schriftlichen Zwischenbericht über die Abrechnung der Erfolgs- und Finanzplanung sowie des Investitionsplans. Diese Abrechnung hat ebenso gemäß der gültigen Richtlinie über die Beteiligungen der Stadt Cottbus/Chóšebuz (Beteiligungsrichtlinie) spätestens 4 Wochen nach Ende eines Quartals gegenüber dem Beteiligungsmanagement der Stadt Cottbus/Chóšebuz zu erfolgen (digital). Dem Werksausschuss und dem Beteiligungsmanagement sind Abweichungen in den Einzelpositionen gegenüber den Planwerten von über 10 % schriftlich zu begründen.

Fortsetzung auf Seite 2

AMTLICHER TEIL**Fortsetzung von Seite 1**

- (7) Gemäß § 15 Abs. 4 Satz 1 EigV sind bei der Ausführung des Erfolgsplanes bekannt werdende erfolggefährdende Mindererträge unverzüglich der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister zu berichten. Erfolggefährdende Mindererträge werden dann angenommen, wenn der Unterschied zwischen den tatsächlichen Erträgen und den Planansätzen 2 Prozent der geplanten Gesamtleistung übersteigt und in etwa der gleichen Höhe das Ergebnis vermindert.

§ 6**Vertretung der Stadt Cottbus/Chósebus in Angelegenheiten des Eigenbetriebes**

Die Werkleitung ist befugt, im Rahmen und unter Beachtung der Formerfordernisse des § 6 EigV verpflichtende Erklärungen abzugeben. Verpflichtende Erklärungen in Personalangelegenheiten gibt die Werkleitung lediglich im Auftrag der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters ab.

§ 7**Werksausschuss**

- (1) Dem Werksausschuss gehören insgesamt 4 Mitglieder an.
Er setzt sich zusammen aus 3 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, die aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden und 1 Beschäftigten des Eigenbetriebes.
- (2) Für den Vorsitz, die Einberufung und das Verfahren im Werksausschuss sowie die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder findet § 8 EigV Anwendung.
- (3) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, wird der Werksausschuss als beratender Ausschuss tätig.
- (4) Über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverordnetenversammlung oder der Werkleitung fallen, entscheidet der Werksausschuss als beschließender Ausschuss. Das sind insbesondere:
 1. Ausgestaltung von Vergabeverfahren ab einem geschätzten Auftragswert von 200.000 €,
 2. Geschäfte über Vermögensgegenstände der Stadt Cottbus/Chósebus, wenn der Wert des Vermögensgegenstandes im Einzelfall den Betrag von 50.000 € überschreitet und den Betrag von 300.000 € nicht übersteigt,
 3. sonstige Verträge, die nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind, wenn der Vertragswert im Einzelfall den Betrag von 95.000 € überschreitet und den Betrag von 250.000 € nicht übersteigt; der Vertragswert ist bei Verträgen über wiederkehrenden Leistungen oder mit mehrjährigen Laufzeiten der Wert aller aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Vertragsdauer bis zur nächsten ordentlichen Kündigungsmöglichkeit,
 4. Stundung von Zahlungsverpflichtungen, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 15.000 € überschreitet und den Betrag von 100.000 € nicht übersteigt,
 5. Erlass und Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall die Höhe von 1.000 € überschreiten und die Höhe von 100.000 € nicht übersteigen,
 6. Annahme von Spenden- und Sponsoringleistungen, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 10.000 € überschreiten und den Betrag von 50.000 € nicht übersteigen,
 7. Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften sowie über den Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die einer Aufnahme von Darlehen wirtschaftlich gleichkommen, soweit sie den Betrag von 10.000 € überschreiten und den Betrag von 100.000 € nicht übersteigen.

- (5) Erfolggefährdende Mehraufwendungen bedürfen gemäß § 15 Absatz 4 Satz 2 EigV der Zustimmung des Werksausschusses. Erfolggefährdende Mehraufwendungen liegen dann vor, wenn sie, gegenüber den Planansätzen, 2 Prozent der geplanten Gesamtaufwendungen übersteigen und auch in dieser Höhe auf das Ergebnis wirken.

§ 8**Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in allen den Eigenbetrieb betreffenden Angelegenheiten nach § 28 Absatz 2 BbgKVerf und § 7 EigV. Sie beschließt zudem über die in § 7 Absatz 4 dieser Satzung festgelegten Angelegenheiten, soweit die dort genannten Wertobergrenzen im Einzelfall überschritten werden. Darüber hinaus kann sie die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten, für die der Werksausschuss zuständig ist, im Einzelfall an sich ziehen.

§ 9**Stellung der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters**

Die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister wird

- a) im Rahmen ihrer bzw. seiner personalrechtlichen Befugnisse nach den §§ 60 f. BbgKVerf, dem § 3 Absatz 3 EigV und den entsprechenden ergänzenden Bestimmungen dieser Satzung,
 - b) im Rahmen des § 6 Absatz 3 EigV zur Mitunterzeichnung von Verpflichtungserklärungen und
 - c) im Rahmen ihres bzw. seines Weisungs- und Anordnungsrechts nach § 9 Absätze 1 und 2 EigV zur Wahrung der Einheitlichkeit der Gemeindeverwaltung, zur Sicherung der Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes und zur Beseitigung von Missständen
- tätig.

§ 10**Wirtschaftsführung und Rechnungswesen**

- (1) Der Eigenbetrieb wird nach den Grundsätzen eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Betriebes unter Beachtung der Aufgabenstellung geführt. Der Eigenbetrieb ist als Sondervermögen der Stadt Cottbus/Chósebus zu verwalten und nachzuweisen. Auf die Erhaltung des Vermögens i. S. d. § 11 EigV wird hingewirkt.
- (2) Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt Cottbus/Chósebus.
- (3) Für den Eigenbetrieb ist ein jährlicher Wirtschaftsplan aufzustellen, der alle Bestandteile und Anlagen nach § 14 der Eigenbetriebsverordnung enthält.
- (4) Der Wirtschaftsplan ist zu ändern, wenn die Voraussetzungen des § 14 Absatz 4 EigV vorliegen.

§ 11**Jahresabschluss und Lagebericht**

- (1) Die Werkleitung stellt für den Eigenbetrieb auf der Grundlage des § 21 EigV einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres auf.
- (2) Für die Jahresabschlussprüfung kommen die Vorschriften des § 106 BbgKVerf sowie die Regelungen des Abschnittes 3 der EigV zur Anwendung.

§ 12**Inkrafttreten/Außerkräfttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung des „Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus“ vom 22.11.2023 außer Kraft.

Cottbus/Chósebus, 25.09.2025

gez. Tobias Schick
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebus

Amtliche Bekanntmachung**Satzung des Stadtmuseums Cottbus/Chósebus**

Auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 10], S., ber. [Nr. 38]) in der jeweils geltenden Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus in ihrer Sitzung am 24.09.2025 folgende Satzung für das Stadtmuseum Cottbus/Chósebus beschlossen.

§ 1**Rechtsform**

1. Das Stadtmuseum ist eine nicht rechtsfähige öffentliche Einrichtung der Stadt Cottbus/Chósebus und dem Fachbereich 41 Kultur zugehörig.
2. Der Besuch des Stadtmuseums Cottbus/Chósebus erfolgt auf privatrechtlicher Grundlage.

§ 2**Öffnungszeiten**

Das Stadtmuseum hat festgelegte Öffnungszeiten. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang bzw. Veröffentlichung auf der Homepage des Stadtmuseums Cottbus/Chósebus bekannt gegeben.

§ 3**Zweck**

1. Das Stadtmuseum Cottbus/Chósebus, mit Sitz in der Bahnhofstraße 22, 03046 Cottbus/Chósebus, verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke in Anlehnung an den Abschnitt „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Stadtmuseums Cottbus/Chósebus ist die Förderung von Kunst und Kultur sowie die Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich der Unterstützung von Studierenden.
2. Das Stadtmuseum Cottbus/Chósebus ist eine Einrichtung, die zum Zwecke der kulturellen Bildung die Zeugnisse ihrer Sammlungen bewahrt, erschließt und öffentlich präsentiert.
3. Als stadtgeschichtliches Museum verfolgt es das Ziel, die Geschichte der Stadt Cottbus/Chósebus zu dokumentieren und zu vermitteln. Die Satzungszwecke werden verwirklicht insbesondere durch:
 - Sammeln bedeutsamer historischer Belege und Objekte,
 - sachgemäße Erhaltung und Bewahrung des Museumsbestandes,
 - Inventarisierung und wissenschaftliche Katalogisierung der Museumsobjekte,
 - Forschung im Bereich der Bestandsarbeit sowie zur Geschichte der Stadt für die Vorbereitung von Bestands- und Sonderausstellungen und für Publikationen,
 - ständige Ausstellungen zur Stadtgeschichte und zur Naturkunde sowie regelmäßige Sonderausstellungen,
 - museumspädagogische Arbeit vorrangig mit Kindern und Jugendlichen, z. B. in Form von Führungen und dem Halten von Vorträgen,
 - Öffentlichkeitsarbeit und Publikationstätigkeit,
 - Zusammenarbeit und Bereitstellung von Leihgaben für Museen und weitere Institutionen im In- und Ausland.

§ 4**Gemeinnützigkeit**

1. Das Stadtmuseum Cottbus/Chósebus ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Die Einnahmen sowie sonstigen Erträge und Mittel des Stadtmuseums Cottbus/Chósebus dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

3. Es darf keine Person oder die Stadt Cottbus/Chóšebuz durch Ausgaben, die dem Zweck des Stadtmuseums Cottbus/Chóšebuz fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 5 Entgelte

Für den Besuch des Stadtmuseums Cottbus/Chóšebuz sowie für die Inanspruchnahme der Räumlichkeiten durch Dritte wird ein Entgelt erhoben. Die Einzelheiten sind in den Entgeltordnungen geregelt.

§ 6 Inkraftsetzung

Diese Satzung tritt am 01.11.2025 in Kraft.

Cottbus/Chóšebuz, den 25.09.2025

gez. Tobias Schick

Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chóšebuz

Amtliche Bekanntmachung Satzung des Wendischen Museums/ Serbski muzej

Auf der Grundlage von Artikel 25 der Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (Bbg GVBl. Teil I, S. 298 ff.) und des § 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 10], S., ber. [Nr. 38]) sowie § 1 Abs. 3 Satz 1 und 2 und § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg (Sorben/Wenden-Gesetz - SWG) vom 7. Juli 1994 (Bbg GVBl. I/94, [Nr. 21], S. 294) in der jeweils geltenden Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz am 24.09.2025 folgende Satzung für das Wendische Museum/Serbski muzej beschlossen.

§ 1 Rechtsform

1. Das Wendische Museum/Serbski muzej ist eine nicht rechtsfähige öffentliche Einrichtung der Stadt Cottbus/Chóšebuz und ist Teil der Städtischen Sammlungen Cottbus/Chóšebuz. Es ist dem Fachbereich Kultur zugeordnet.
2. Der Besuch des Wendischen Museums/Serbski muzej erfolgt auf privat-rechtlicher Grundlage.
3. Das Wendische Museum/Serbski muzej hat seinen Sitz in der Mühlenstraße 12, 03046 Cottbus/Chóšebuz.

§ 2 Öffnungszeiten

Das Wendische Museum/Serbski muzej hat festgelegte Öffnungszeiten. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang bzw. Veröffentlichung auf der Homepage des Wendischen Museums/Serbski muzej bekannt gegeben.

§ 3 Zweck

1. Das Wendische Museum/Serbski muzej, besitzt im Land Brandenburg eine spezifische und zentrale Funktion bei der Bewahrung, Förderung und Vermittlung der sorbischen/wendischen Kultur- und Kunstgeschichte in der Niederlausitz. Die Dauerausstellung vermittelt Einblicke in anderthalb Jahrtausende slawischer Geschichte auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Durch seine Arbeit leistet das Museum einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der nationalen Identität der Sorben/Wenden sowie zur Stärkung der kulturellen Vielfalt und der Förderung des interkulturellen Dialogs. Die Verwendung der sorbischen/wendischen Sprache und der deutschen Sprache erfolgen gleichberechtigt.
2. Das Wendische Museum/Serbski muzej ist eine öffentliche Einrichtung, die dem Zwecke der nicht-formalen kulturellen Bildung dient. Es bewahrt, erschließt und präsentiert Zeugnisse seiner Sammlung

der Öffentlichkeit. Die Verwirklichung der Satzungszwecke erfolgt insbesondere durch:

- das Sammeln historisch bedeutsamer Zeugnisse und Objekte,
- die sachgerechte Erhaltung, Pflege und Bewahrung des Museumsbestandes,
- die Inventarisierung sowie wissenschaftliche Dokumentation und Katalogisierung der Sammlung,
- die Forschung im Bereich der Bestandsarbeit sowie zur sorbischen/wendischen Geschichte, Kultur und Sprache, insbesondere zur Vorbereitung von Dauer- und Sonderausstellungen sowie für Publikationen,
- die Präsentation einer Dauerausstellung zur sorbischen/wendischen Kulturgeschichte der Niederlausitz sowie regelmäßiger Sonderausstellungen,
- die museumspädagogische Arbeit, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen, etwa durch Führungen, Vorträge und Vermittlungsangebote,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie Publikationstätigkeit,
- Impulse zur Weiterentwicklung sorbischer/wendischer Kunst und Kultur,
- die Durchführung von Fachkonferenzen und Diskussionsforen,
- die Zusammenarbeit mit Museen und weiteren Institutionen im In- und Ausland, einschließlich der Bereitstellung von Leihgaben.

3. Das Wendische Museum/Serbski muzej verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke in Anlehnung an den Abschnitt „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zur Beantragung von Fördermitteln im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben des Museums sind die leitende Kuratorin bzw. der leitende Kurator sowie die Leitung der Städtischen Sammlungen Cottbus/Chóšebuz berechtigt. Förderanträge bedürfen der vorherigen Abstimmung mit dem zuständigen Fachbereich der Stadtverwaltung.
4. Das Wendische Museum/Serbski muzej ist als Teil der Städtischen Sammlungen Mitglied im Deutschen Museumsbund und im Museumsverband des Landes Brandenburg. Es orientiert sich an den ethischen Leitlinien des International Council of Museums (ICOM), insbesondere am „Kodex der Berufsethik für Museen“, beschlossen auf der XIV. Generalkonferenz des ICOM 1986 in Buenos Aires, in der jeweils geltenden Fassung.

§ 4 Gemeinnützigkeit

1. Das Wendische Museum/Serbski muzej ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Die Erträge sowie sonstigen Einnahmen und Mittel des Wendischen Museums/Serbski muzej dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
3. Es darf keine Person oder die Stadt Cottbus/Chóšebuz durch Ausgaben, die dem Zweck des Wendischen Museums/Serbski muzej fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen, begünstigt werden.

§ 5 Entgelte

Für den Besuch des Wendischen Museums/Serbski muzej sowie für die Inanspruchnahme der Räumlichkeiten durch Dritte wird ein Entgelt erhoben. Die Einzelheiten sind in den Entgeltordnungen geregelt.

§ 6 Inkraftsetzung

Diese Satzung tritt am 1.11.2025 in Kraft.

Cottbus/Chóšebuz, den 25.09.2025

gez. Tobias Schick

Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chóšebuz

Amske wózwajenje

Wustawki Serbskego muzeja

Na zaklaže artikla 25 wustawy kraja Bramborskeje wót 20. awgusta 1992 (Bbg GVBl. žěl I, b. 298 ff.) a § 3 wótstawk 1 Komunalneje wustawy kraja Bramborska wót 5. měrca 2024 (GVBl. I/24, [cysło 10], b., pó-pšawjone [cysło 38]) ako teke § 1 wótstawk 3 saže 1 a 2 a § 7 wótstawk 2 kazni k rědowanju pšawow Serbow w kraju Bramborska (Serbska kazń - SWG) wót 7. julija 1994 (Bbg GVBl. I/94, [cysło 21], b. 294) w danej plašecej wersiji jo zgromažina měšćanskich wótpósłańcow města Cottbus/Chóšebuz wobzamknula dnja 24.09.2025 slědujuce wustawki za Serbski muzej.

§ 1 Pšawniska forma

1. Serbski muzej jo pšawniski njezamóžna zjawna institucija města Cottbus/Chóšebuz a jo žěl Měšćanskich zběrkow Cottbus/Chóšebuz. Wón jo fachowemu wobcefkjoju kulturne pširědowany.
2. Woglěd do Serbskego muzeja wótmějo se na priwatnopšawniskem zaklaže.
3. Serbski muzej ma swójo sedło na Młyńskej droze 12, 03046 Cottbus/Chóšebuz.

§ 2 Wótwórjeńske case

Serbski muzej ma póstajone wótwórjeńske case. Wótwórjeńske case se z wupowjeskom resp. pšez wózwajenje na homepage Serbskego muzeja znate cynje.

§ 3 Zaměr

1. Serbski muzej ma w kraju Bramborska specifisku a centralnu funkciju pši zachowanju, spěchowanj a pósrědnjenju serbskich stawiznow kulturny a wuměštwa w Dolnej Łužycy. Trajna wustajeńca pósrědnijo doglědy do počtera lěttysaca słowjańskich stawiznow na teritoriju žinsajšnjeje Nimskeje. Pšez swójo žělo wugbajo muzej njewuzbytny pšinosk k zdžaržanju a k zmócnjenju narodneje identitty Serbow ako teke k zmócnjenju kulturneje wjelerakosći a k spěchowanj interkulturelnego dialoga. Wužywanje serbskeje rěcy a nimskeje rěcy stawa se rownopšawnje.
2. Serbski muzej jo zjawna institucija, kótaraž sluży zaměroju njeformalnego kulturnego kubljanja. Wón zachowa, wótkšywa a prezentěrujo znankstwa swó-jich zběrkow zjawnosći. Zwopšawdnjenje wustawkowych zaměrow pšewježo se pšedewšym pšez:
 - zběranje historiski wuznamnych znankow a objektow,
 - wěcy wótpowědajuce zdžaržanje, woplěwanje a zachowanje wobstatka muzeja,
 - inwentarizaciju ako teke wědomnostnu dokumentaciju a katalogizaciju zběrki,
 - slěženje we wobłuku wobstatkoweje žělabnosći ako teke wó serbskich stawiznach, kulturnje a rěcy, wósebnje za pšigótowanje trajnych a wósebnych wustajeńcow ako teke publikacijow,
 - prezentaciju trajneje wustajeńce wó serbskich kulturnych stawiznach Dolneje Łužyce ako teke pšawidlownych wósebnych wustajeńcow,
 - muzejowe pedagogiske žělo, wósebnje ze žišimi a młodostnymi, na pšiklad pšez wježenja, pšednoski a wósebnje póručenja pósrědnjenja,
 - napšawy zjawneho žěla ako teke publikacisku žělabnosć,
 - impulse k dalejwuwijanju serbskego wuměštwa a serbskeje kulturny,
 - pšewježenje fachowych konferencow a diskusijnych forumow,
 - zgromadne žělo z muzejami a dašnymi institucijami w tu- a wukraju, inkluziwnje k dispoziciji stajanje póžyconkow.

Die Entscheidung hierüber trifft die Leiterin bzw. der Leiter der Städtischen Sammlungen Cottbus/Chósebusz.

Ein Anspruch auf Nutzung besteht nicht.

§ 2 Entgeltschuld

Schuldnerin bzw. Schuldner des Nutzungsentgeltes sind private und juristische Personen, die einen Nutzungsvertrag abgeschlossen haben.

§ 3 Entgeltpflicht und Fälligkeit

- Gemäß § 5 der Satzung des Stadtmuseums der Stadt Cottbus/Chósebusz und § 5 der Satzung des Wendischen Museums/Serbski muzej wird für die Inanspruchnahme der Veranstaltungsräume ein Nutzungsentgelt erhoben.
- Die Entgeltpflicht besteht nicht für Aktivitäten, bei denen das Stadtmuseum Cottbus/Chósebusz oder das Wendische Museum/Serbski muzej Mitveranstalter ist sowie bei Eigenveranstaltungen und -nutzungen durch die Stadt Cottbus/Chósebusz.
- Über die Minderung der oder die Befreiung von Entgelten in besonders begründeten Fällen entscheidet die Leiterin bzw. der Leiter des für Kultur zuständigen Fachbereiches.
- Für die Nutzung der Räumlichkeiten erfolgt der Abschluss eines Nutzungsvertrages. Grundlage dafür bilden die allgemeinen Miet- und Nutzungsbedingungen.
- Das Entgelt ist spätestens 5 Tage vor Inanspruchnahme fällig. Der Nutzungsvertrag gilt gleichzeitig als Rechnung. Bei Zahlung nach Fälligkeit werden Verzugszinsen in Höhe von 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz erhoben.
- Bei Überschreitung der vereinbarten Nutzungsdauer findet die Staffellung der Nutzungsentgelte nach § 4 für jede angefangene Stunde Anwendung. Die zusätzlich entstehenden Kosten werden per separater Rechnung ausgewiesen.

§ 4 Höhe der Entgelte

Im Nutzungsentgelt sind enthalten: Kosten für Strom, Wasser/Abwasser, Heizung, Reinigung, Grundbühnenaufbau sowie sonstige Betriebskosten.

Abhängig von der Veranstaltung und vom Durchführungszeitraum erfolgt der zusätzliche Einsatz von Personal.

Die Nutzungsentgelte der Räumlichkeiten sind wie folgt gestaffelt:

Stadtmuseum (Mehrzweckraum I - 80m²):

Dauer der Vermietung	Raummiete
Bis 2 Stunden	80 €
3 Stunden	120 €
4 Stunden	160 €
5 Stunden	200 €
6 Stunden und mehr	240 €

Stadtmuseum (Mehrzweckraum II - 40m²):

Dauer der Vermietung	Raummiete
Bis 2 Stunden	40 €
3 Stunden	60 €
4 Stunden	80 €
5 Stunden	100 €
6 Stunden und mehr	120 €

Wendisches Museum/Serbski muzej (Mehrzweckraum/Küche - 40m²):

Dauer der Vermietung	Raummiete
Bis 2 Stunden	40 €
3 Stunden	60 €
4 Stunden	80 €
5 Stunden	100 €
6 Stunden und mehr	120 €

Wendisches Museum/Serbski muzej (Innenhof - 86m²):

Dauer der Vermietung	Raummiete
Bis 2 Stunden	86 €
3 Stunden	129 €
4 Stunden	172 €
5 Stunden	215 €
6 Stunden und mehr	258 €

Für nichtkommunale öffentliche Kultureinrichtungen, Einrichtungen und Anstalten des öffentlichen Rechts oder für gemeinnützig anerkannte Nutzerinnen und Nutzer besteht die Möglichkeit einer Entgeltreduzierung von bis zu 50%. Voraussetzung dafür ist, dass sie ihren Sitz in der Stadt Cottbus/Chósebusz (entsprechend aktuellem Nachweis) haben.

Zusätzliche Leistungen (u.a. Nutzung von Technik einschließlich technischer Betreuung, Öffnung außerhalb der regulären Öffnungszeiten) werden im Nutzungsvertrag geregelt. Die Kosten belaufen sich auf 50,- € pro angefangene Stunde zzgl. USt.

§ 5 Inkrafttreten

Die Entgeltordnung tritt am 01.11.2025 in Kraft.

Cottbus/Chósebusz, 25.09.2025

gez. Tobias Schick
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebusz

Amtliche Bekanntmachung Besuchsordnung für das Stadtmuseum Cottbus/Chósebusz und das Wendische Museum/Serbski muzej

- Der Besuch der musealen Ausstellungen ist zu den festgelegten Öffnungszeiten möglich. Kinder unter 12 Jahren ist der Eintritt nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- Die Beschichtigung der Ausstellungsräume ist erst nach Entrichtung des Eintrittsgeldes möglich. Die Eintrittskarte hat nur für den Lösungstag Gültigkeit. Ausnahmen hiervon stellen die Punkte 7 und 8 des § 4 der Entgeltordnung dar.
- Die Besucherinnen und Besucher haben sich im Museum so zu verhalten, dass keine andere Person behindert oder belästigt wird. In den Museumsräumen ist durch die Besucherinnen und Besucher auf Ordnung und Sauberkeit zu achten.

Größere Gepäckstücke (z. B. Taschen, Koffer, Rucksäcke) sowie Schirme und ähnliche Gegenstände sind an der Garderobe abzugeben.

Das Betreten des Stadtmuseums Cottbus/Chósebusz und Wendischen Museums/Serbski muzej in Begleitung von Tieren ist untersagt. Ausnahmen bilden Blindenführhunde, Behindertenbegleithunde und Diensthunde staatlicher Organe.

Den Besucherinnen und Besuchern ist es nicht gestattet:

- Ausstellungsstücke zu berühren oder zu beschädigen,
- in den Ausstellungsräumen zu essen und zu trinken.

- Foto- und Videoaufnahmen können ohne Einsatz von Blitz- bzw. anderem Kunstlicht für nicht gewerbliche Zwecke gefertigt werden.
- Für die Beschädigung und das Abhandenkommen von Garderobe und privaten Gegenständen in den Räumen des Stadtmuseums Cottbus/Chósebusz und des Wendischen Museums/Serbski muzej haftet die Stadt Cottbus/Chósebusz nicht.
- Der Leiterin bzw. dem Leiter der Städtischen Sammlungen Cottbus/Chósebusz steht das Hausrecht zu. Die Ausübung kann auf andere Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und das beauftragte Wachschutzunternehmen übertragen werden. Den Weisungen ist Folge zu leisten.

Die Besuchsordnung tritt am 01.11.2025 in Kraft.

Cottbus/Chósebusz, 25.09.2025

gez. Tobias Schick
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebusz

Amtliche Bekanntmachung

Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Cottbus/Chósebusz

- § 1 Grundsätze
- § 2 Anspruchsberechtigte Personen
- § 3 Beförderungsarten
- § 4 Notwendige Beförderungskosten
- § 5 Beförderungsausschluss
- § 6 Antrags- und Erstattungsverfahren
- § 7 Eigenanteil
- § 8 Inkrafttreten

Auf Grundlage des § 112 (1) Satz 3 des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz - BbgSchulG) vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), in der jeweils geltenden Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebusz in ihrer Tagung am 24.09.2025 folgende Satzung für die Schülerbeförderung beschlossen:

§ 1 Grundsätze

- (1) Diese Satzung regelt die Voraussetzungen zur Anerkennung und Übernahme der Beförderung bzw. der Erstattung der notwendigen Fahrtkosten für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zwischen der Wohnung (amtliche Meldeadresse) in der Stadt Cottbus/Chósebusz und der Schule.

- (2) Die Beförderungs- oder Erstattungspflicht besteht ausschließlich zu einer örtlich zuständigen bzw. nächsterreichbaren Schule bzw. zugewiesenen Schule in kommunaler Trägerschaft der Stadt Cottbus/Chósebusz bzw. einer anerkannten Ersatzschule in Cottbus/Chósebusz im Sinne des Geltungsbereichs des BbgSchulG in seiner jeweils gültigen Fassung.

Werden Schülerinnen oder Schüler aufgrund einer Ordnungsmaßnahme nach dem BbgSchulG durch das Staatliche Schulamt an eine andere Schule zugewiesen, werden nur die Fahrtkosten erstattet, die bis zur bisher besuchten Schule anerkannt wurden.

- (3) Der Anspruch gemäß Absatz 2 besteht nur beim Besuch der nach dem Lehr- bzw. Stundenplan regelmäßig vorgesehenen Unterrichtsveranstaltungen. Dazu gehören auch Betriebspraktika, wenn diese nach den Verwaltungsvorschriften zur Beruflichen Orientierung an Schulen des Landes Brandenburg (VV Berufliche Orientierung - VV BO) an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen durchgeführt werden. Liegt der maßgebliche Praktikumsort außerhalb der Stadt Cottbus/Chósebusz, beschränkt sich der Anspruch auf Erstattung der Fahrtkosten auf die erforderlichen Aufwendungen für den Schulweg.

- (4) Die Beförderung erfolgt zum allgemeinen Beginn bzw. allgemeinen Ende des Unterrichts an der Schule. Die individuellen Unterrichtszeiten der Schüler bleiben unberücksichtigt.

Bei Unterrichtsausfällen besteht kein Anspruch auf Beförderung außerhalb des Fahrplanes der öffentlichen Verkehrsmittel oder des freigestellten Schülerverkehrs bzw. auf Erstattung von zusätzlich anfallenden Fahrtkosten.

- (5) Für Schülerinnen und Schüler, die in einer stationären Einrichtung oder einer Pflegefamilie leben, besteht eine Beförderungs- oder Erstattungspflicht nur, soweit die Stadt Cottbus/Chósebusz zuständiger Kostenträger der in der Einrichtung oder der Pflegefamilie erbrachten Leistungen ist.

- (6) Für Schulfahrten nach § 1 (1) a. - d. der Verwaltungsvorschriften über schulische Veranstaltungen außerhalb von Schulen (VV-Schulfahrten - VV-Schul) sowie für nicht pflichtige Maßnahmen nach Abschnitt 5 der VV-BO besteht kein Anspruch auf Beförderung oder Erstattung der Fahrtkosten.

AMTLICHER TEIL**Fortsetzung von Seite 5****§ 2****Anspruchsberechtigte Personen**

- (1) Ein Anspruch auf Beförderung bzw. Erstattung der notwendigen Fahrtkosten besteht für Schülerinnen und Schüler, die folgende Schulformen besuchen:

- allgemeinbildende Schulen mit Ausnahme der Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges (Kolleg)
- Oberstufenzentren mit Ausnahme der Bildungsgänge der Fachschule sowie der einjährigen Fachoberschule

Personen, die eine berufsvorbereitende Maßnahme absolvieren sowie Auszubildende im dualen System, denen eine Ausbildungs- oder Arbeitsvergütung gezahlt wird, haben keinen Anspruch auf Beförderung oder Erstattung der notwendigen Fahrtkosten.

- (2) Schülerinnen und Schülern, die gemäß § 99 Abs. 2 BbgSchulG den Anspruch auf einen Wohnheimplatz außerhalb der Stadt Cottbus/Chóšebuz wahrnehmen, werden die Kosten für eine wöchentliche Familienheimfahrt gemäß den Grundsätzen dieser Satzung erstattet. Bei berechtigter Nutzung eines Wohnheimplatzes bzw. anderer auswärtiger Unterbringung im Zusammenhang mit dem Besuch von Schulen in anderen Kreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg werden keine Kosten für die Fahrt zwischen Unterbringungsort und Schule erstattet.
- (3) Schülerinnen und Schüler, die wegen Verstoßes gegen die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO-Kraft) von der Beförderung zeitweise ausgeschlossen wurden, verlieren für diesen Zeitraum den Anspruch auf Erstattung der Fahrtkosten.

§ 3**Beförderungsarten**

- (1) Die Schülerbeförderung erfolgt
1. vorrangig durch öffentliche Verkehrsmittel (ÖPNV) oder
 2. in begründeten Fällen mit privaten Fahrzeugen, d. h. insbesondere solchen der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Personensorgeberechtigten oder
 3. soweit die Schülerbeförderung durch öffentliche Verkehrsmittel oder private Fahrzeuge im oben genannten Sinne nicht möglich ist, mit durch den Aufgabenträger der Schülerbeförderung beauftragten Fahrdiensten im Rahmen des freigestellten Verkehrs nach der Freistellungsverordnung vom 30.08.1962 in der jeweils geltenden Fassung (Schülerspezialverkehr).
- (2) Die Schülerinnen und Schüler haben das vom Träger der Schülerbeförderung bestimmte Beförderungsmittel zu benutzen. Es besteht kein Anspruch auf Beförderung mit einem besonderen Beförderungsmittel oder auf Mitbeförderung einer Begleitperson.
- (3) Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf kann die Beförderung mit einem besonderen Beförderungsmittel oder die Mitbeförderung einer Begleitperson in Betracht kommen. Die Entscheidung über die Notwendigkeit und den Umfang trifft die Stadt Cottbus/Chóšebuz im Benehmen mit dem für die Beurteilung sonderpädagogischer Förderbedarfe zuständigen staatlichen Schulamt.
- (4) Bei der Nutzung des Schülerspezialverkehrs werden die Personensorgeberechtigten schriftlich über den beauftragten Fahrdienst informiert.

§ 4**Notwendige Beförderungskosten**

Als notwendige Beförderungskosten werden anerkannt:

- (1) Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- a) das Beförderungsentgelt des Deutschlandtickets maximal in der Tariffhöhe des Jahres 2025, sofern dieses bei dem Verkehrsunternehmen Cottbusverkehr GmbH erworben wurde oder

- b) das Beförderungsentgelt des jeweiligen Verkehrsträgers unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreismäßigungen für die preisgünstigste zumutbare Verkehrsverbindung.

- (2) Bei Benutzung privater Fahrzeuge die Kosten der preisgünstigsten zumutbaren Verkehrsverbindung mit dem ÖPNV, sofern die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht vorliegen.

- (3) Wenn ein privates Fahrzeug deshalb benutzt werden muss, weil öffentliche Verkehrsmittel nicht zumutbar genutzt werden können, erfolgt für die Nutzung des privaten Fahrzeuges eine pauschale Kostenersatzung. Die Höhe der Erstattung richtet sich nach der Entfernungspauschale für die Entfernung Wohnung – Arbeitsstätte entsprechend dem gültigen Einkommenssteuergesetz (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 EStG).

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist nicht zumutbar, wenn:

1. die Schülerin oder der Schüler vorübergehend oder dauerhaft aus gesundheitlichen Gründen ein privates Fahrzeug nutzen muss. Der Nachweis ist durch die Vorlage eines fachärztlichen Zeugnisses vorzunehmen. Sofern dafür Kosten entstehen, sind diese von den Personensorgeberechtigten zu tragen. Bei einer Beförderungsdauer von mehr als 3 Monaten ist der Bedarf durch ein amtsärztliches Gutachten zu begründen. Bei gesundheitlichen Einschränkungen, die aus einem Schul- oder Wegeunfall resultieren, ist die Unfallkasse Brandenburg zuständig Kostenträger.
2. der Schulweg als besonders gefährlich einzuschätzen ist. Als besonders gefährlich gilt der Schulweg insbesondere, wenn dieser entlang einer Hauptverkehrs- oder Bundesstraße ohne Lichtsignalanlage führt und kein Geh- bzw. Radweg vorhanden ist.
3. zumutbare Beförderungs- und Wartezeiten regelmäßig überschritten werden.

Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist zumutbar, wenn die Entfernung der Wohnung der Schülerin/des Schülers zur nächstgelegenen Haltestelle nicht mehr als 1 km beträgt und die Beförderungsdauer (einschließlich Wartezeiten für Umstiege) in eine Richtung (Hin- oder Rückfahrt) regelmäßig für Schülerinnen und Schüler

- der Primarstufe (Klassen 1 - 6) und in Leistungs- und Begabungsklassen (Klasse 5 und 6) 45 Minuten
- der Sekundarstufe I (Klassen 7 - 10) 60 Minuten
- der Sekundarstufe II an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien und Gesamtschulen Klassen 11 - 13) 90 Minuten
- an Oberstufenzentren und anderen beruflichen Schulen 120 Minuten

nicht übersteigt.

Die Beförderungsdauer ist die Zeitdifferenz zwischen der nächstgelegenen Haltestelle am Wohnort der Schülerin/des Schülers und der jeweils nächstgelegenen Haltestelle am Schulstandort, die in der kürzesten Fahrtzeit vom ÖPNV angefahren werden kann.

Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist zumutbar, wenn von der nächstgelegenen Haltestelle am Schulstandort

- die Ankunft bei Schülerinnen und Schülern der Primarstufe (Klassen 1 - 6) innerhalb von 30 Minuten,
- und bei allen anderen Schülerinnen und Schülern innerhalb von 60 Minuten vor dem Unterrichtsbeginn (1. Stunde), sowie
- die Abfahrt nach Schulschluss innerhalb von 60 Minuten erfolgt.

Bei Überschreitung der Beförderungsdauer und Wartezeiten aufgrund der Wahl einer anderen als der örtlich zuständigen oder nächst erreichbaren Schule bzw. zugewiesenen Schule ist der Anspruch auf die Kostenersatzung auf die Höhe der preisgünstigsten zumutbaren Verkehrsverbindung mit dem ÖPNV begrenzt.

- (4) Wenn ein privates Fahrzeug nachweislich nicht zur Verfügung steht oder nicht genutzt werden kann, erfolgt die Schülerbeförderung mit dem Schülerspezialverkehr.

§ 5**Beförderungsausschluss**

- (1) Ein Anspruch auf Beförderung kann zeitweise ausgeschlossen werden, wenn Schülerinnen und Schüler durch ihr Verhalten an den Haltestellen oder in den Verkehrsmitteln die Sicherheit anderer beeinträchtigen und dieses Verhalten trotz wiederholter Aufforderung nicht abstellen. In besonders schweren Fällen der Gefährdung der Sicherheit, insbesondere von Leben und Gesundheit anderer, können Schülerinnen und Schüler, ohne dass weitere Ermahnungen erforderlich sind, von der Beförderung ausgeschlossen werden.
- (2) Schülerinnen und Schüler, die mit dem Schülerspezialverkehr befördert werden, können nach vorheriger Abmahnung davon ausgeschlossen werden, wenn von ihnen wiederholt eine Gefahr für die Ordnung und Sicherheit der Schülerspezialbeförderung ausgeht.
- (3) Eine Erstattung der Kosten für die Nutzung eines privaten Kraftfahrzeuges gemäß § 4 (3) findet nicht statt, wenn deren Entstehung auf einem Beförderungsausschluss beruht.

§ 6**Antrags- und Erstattungsverfahren**

- (1) Schülerbeförderungsleistungen werden auf Antrag seitens der Stadt Cottbus/Chóšebuz erbracht. Der Antrag erfolgt mittels Formblatt. Dem Antrag ist eine Erklärung beizufügen bzw. darauf zu vermerken, dass der/die entsprechende Schüler/Schülerin eine Schule nach § 1 (2) dieser Satzung besucht.

Für Beförderungsleistungen zu Betriebspraktika sind die Anschrift der Praktikumsstätte und der Praktikumszeitraum anzugeben.

- (2) Ein Anspruch auf Fahrtkostenerstattung besteht ab dem 01. des Monats, in welchem der Antrag gestellt wird. Als Antragsdatum gilt das Posteingangsdatum in der Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz.
- (3) Die Stadt Cottbus/Chóšebuz entscheidet über den Antrag und erstellt einen Bescheid als Grundlage für den Kauf eines Deutschlandtickets oder einer Zeitkarte zum ermäßigten Preis jeweils beim Verkehrsunternehmen Cottbusverkehr GmbH bzw. für den Kauf von Zeitkarten/Fahrscheinen für die nachträgliche Erstattung.
- (4) Für den Schülerspezialverkehr ist in jedem Jahr spätestens 4 Wochen vor Beginn des Schulbesuches ein Antrag zu stellen. Erfolgt dies nicht fristgemäß, kann die Beförderung mit dem Schülerspezialverkehr frühestens 2 Wochen nach Posteingang des vollständigen Antrages bei entsprechender Anspruchsberechtigung erfolgen. Anträge auf den Schülerspezialverkehr im laufenden Schuljahr sind mindestens 2 Wochen vor der Inanspruchnahme der Beförderung zu stellen, gleiches gilt für Schülerpraktika im Schülerspezialverkehr.
- (5) Anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler bzw. deren Personensorgeberechtigte sind verpflichtet, der Stadt Cottbus/Chóšebuz jede Änderung der Anspruchsberechtigung mitzuteilen.

- (6) Die Entscheidung zur Anerkennung notwendiger Beförderungskosten gemäß § 4 (3) oder (4) setzt voraus, dass der Antragsteller im Antragsverfahren die voraussichtliche Dauer sowie eine Begründung für die Notwendigkeit der Beförderung mit einem privaten Fahrzeug oder dem Schülerspezialverkehr schriftlich darlegt (Ausschluss des öffentlichen Personennahverkehrs).

AMTLICHER TEIL

- (7) Ein Anspruch auf Fahrtkostenrückerstattung bei der Vorauslagung von Zeitkarten/Fahrscheinen oder bei Nutzung privater Fahrzeuge erlischt für das beendete Schuljahr jeweils am 31.12. des gleichen Jahres, sofern er nicht geltend gemacht wird.
- (8) Grundlage der Kostenerstattung sind die Originale der Fahrscheine, Zeitkarten, Rechnungen und sonstige Belege, die bei der Stadt Cottbus/Chósebuz einzureichen sind. Näheres oder Abweichendes kann im entsprechenden Bewilligungsbescheid geregelt werden.

§ 7 Eigenanteil

- (1) Von den Personensorgeberechtigten bzw. bei Volljährigkeit von den Schülerinnen und Schülern ist ein Eigenanteil an den anerkannten notwendigen Beförderungskosten nach § 4 (1) und (2) dieser Satzung in Höhe von 60 v. H. zu erbringen.
- (2) Schülerinnen und Schüler mit einer Lernbehinderung, die aufgrund der Entscheidung des staatlichen Schulamtes sowie Schülerinnen und Schüler, die aus sonstigen Gründen auf die Nutzung des Schülerspezialverkehrs angewiesen sind, bzw. deren Personensorgeberechtigte haben einen Eigenanteil von 50 v. H. der monatlichen Kosten der jeweils günstigsten Zeitkarte für das Stadtgebiet Cottbus/Chósebuz (AB-Bereich) zu tragen.
- (3) Der Eigenanteil ist für jeden Monat zu leisten, in dem Schülerbeförderungsleistungen erbracht wurden, unabhängig von der Anzahl der in Anspruch genommenen Tage.
- (4) Schülerinnen und Schüler mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung, die aufgrund der Entscheidung des staatlichen Schulamtes auf die Nutzung des Schülerspezialverkehrs angewiesen sind, sind von Eigenanteilszahlungen freigestellt.
- (5) Schülerinnen und Schüler mit einer Fahrtkostenerstattung nach § 4 (3) dieser Satzung sind von Eigenanteilszahlungen freigestellt.

§ 8 Inkrafttreten

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2025 in Kraft.
Cottbus/Chósebuz, den 25.09.2025

gez. Tobias Schick
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebuz

Amtliche Bekanntmachung

Auf der Grundlage des § 13 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Cottbus/Chósebuz i. V. m. § 50 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gebe ich mit nachfolgender Tagesordnung bekannt, dass die **13. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Cottbus/Chósebuz**

am Mittwoch, den 15.10.2025, um 17:00 Uhr
Stadthaus, Ratssaal, Erich Kästner Platz 1,
03046 Cottbus stattfindet.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Stand: 08.10.2025

Tagesordnung

13. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Cottbus/Chósebuz

am Mittwoch, den 15.10.2025, um 17:00 Uhr,
Stadthaus, Ratssaal, Erich Kästner Platz 1,
03046 Cottbus

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

5. Einwohnerfragestunde

- 5.1. Schutzräume
Anfragesteller:
Herr Jando **EWA-115/25**
- 5.2. Veränderung der Eigentumsverhältnisse von Garagen aufgrund der Kündigung der Pachtverträge durch die Stadt Cottbus
Anfragesteller:
Herr Kaltschmidt **EWA-116/25**
- 5.3. Lokale Einbürgerung von Migranten in die BRD durch ein in Cottbus agierendes Büro der bundesweit tätigen RA-Kanzlei „Migrando“.
Anfragesteller:
Herr Jatzlauk **EWA-130/25**

6. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 6.1. Veräußerung von Parkflächen der Stadt Cottbus und ihrer Tochtergesellschaft GWC GmbH
Anfragesteller:
Herr Schöngarth **AN-103/25**
- 6.2. Verkauf von Parkflächen der Stadt Cottbus sowie ihrer Tochtergesellschaft GWC GmbH
Anfragesteller:
Herr Schöngarth **AN-104/25**
- 6.3. Träger-Konzept für Multiprofessionelle Teams an Schule
Anfragesteller:
Fraktion Die Linke **AN-117/25**
- 6.4. Zustandekommen des Einsatzes von Sicherheitsdienst an Schulen
Anfragesteller:
Fraktion Die Linke **AN-118/25**
- 6.5. Nutzung und Wirksamkeit des Hinweisgeberportals „Maerker“
Anfragesteller:
Fraktion SPD **AN-119/25**
- 6.6. Wirksamkeit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum
Anfragesteller:
Fraktion SPD **AN-120/25**
- 6.7. Statistik über verletzte und getötete Verkehrsteilnehmer in der Stadt Cottbus
Anfragesteller:
Fraktion SPD **AN-121/25**
- 6.8. Geschäftsbericht und Jahresabschluss der EGC GmbH
Anfragesteller:
Fraktion MIB/ZSC **AN-122/25**
- 6.9. Mittelvergabe im Bereich der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit
Anfragesteller:
Fraktion MIB/ZSC **AN-123/25**
- 6.10. Bezüglich Vitamin B Bildungsangebote für Schulen, Kitas und pädagogische Fachkräfte
Anfragesteller:
Fraktion AfD **AN-124/25**
- 6.11. Anfrage zur Unterstützung von sogenannten Vielfalts-, interkulturellen und Statement-Veranstaltungen in Cottbus
Anfragesteller:
Fraktion AfD **AN-126/25**

- 6.12. Anfrage zur Verkehrssituation und Straßenschäden in der Ulmenstraße, 03050 Cottbus (Spremlinger Vorstadt)
Anfragesteller:
Fraktion AfD **AN-127/25**
- 6.13. Wirksamkeit des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus
Anfragesteller:
Fraktion AfD **AN-128/25**
- 6.14. Anfrage zur Auswertung der Kinder- und Jugendbefragung 2024
Anfragesteller:
Fraktion AfD **AN-129/25**
7. **Berichte und Informationen**
- 7.1. Oberbürgermeister Berichterstatte:
Herr Schick
- 7.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Berichterstatte:
Herr Dr. Bialas
- 7.3. Vorsitzender des Hauptausschusses
Berichterstatte:
Herr Dr. Biesecke
- 7.4. Ankündigung Bericht: Stadtwerke Cottbus GmbH
Berichterstatte:
Herr Knezevic
- 7.5. Petitionen
Berichterstatte:
Herr Dr. Biesecke
- 7.5.1. Petition mit dem Thema: „Kündigung von Pachtverträgen unserer Garagen durch die Stadt Cottbus“
Petent:
Herr Krieger
- 7.5.2. Petition mit dem Thema: „Wiedererrichtung Bolzplatz Sachsendorf“
Petent:
Herr Schöngarth
- 7.6. Ankündigung der Durchführung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema: „Stärkung niedergelassener Ärzte“
Antragsteller:
Dr. Wolfgang Bialas (Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung)
8. **Vorlagen der Verwaltung**
- 8.1. Stabilisierung der ambulanten ärztlichen Versorgung in Cottbus/Chósebuz **I-018/25 StVV**
- 8.2. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Cottbus/Chósebuz (Friedhofsgebührensatzung) **II-016/25 StVV**
- 8.3. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 72 BbgKVerf zur zusätzlichen Kofinanzierung der Ersatzbeschaffung von 7 Straßenbahnen (Beschluss I-009-39/18) **II-064/25 StVV**
- 8.4. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die auf den Wochenmärkten der Stadt Cottbus/Chósebuz zu entrichtenden Marktgebühren (Marktgebührenordnung) **III.1-012/25 StVV**

Fortsetzung auf Seite 8

AMTLICHER TEIL**Fortsetzung von Seite 7****9. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 9.1. Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus
Antragsteller:
Dr. Bialas
(Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung) AT-30/25
- 9.2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung §7 (1) der Stadt Cottbus/Chósebus - Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Ortsvorsteher/-innen
Antragsteller:
Fraktion CDU/Freie Wähler AT-31/25
- 9.3. Antrag auf Bürokratieabbau in unseren Schulen
Antragsteller:
Fraktion MIB/ZSC AT-32/25
- 9.4. Aussetzung der Kündigung von Garagenpachtverträgen zum 31.12.2025
Antragsteller:
Fraktion AfD AT-34/25
- 9.5. Sicherstellung der politischen Neutralität bei der Beflaggung sämtlicher Liegenschaften der Stadt Cottbus, einschließlich Schulen und Jugendeinrichtungen
Antragsteller:
Fraktion AfD AT-35/25
- 9.6. Budget der Jugendhilfeplanung für die Bereiche der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Förderung der Erziehung in Familien in der Stadt Cottbus/Chósebus
Antragsteller:
Jugendhilfeausschuss AT-36/25
- 9.7. Abrundungssatzung im Ortsteil Saspow
Antragsteller:
Fraktion CDU/Freie Wähler AT-38/25
- 9.8. Mietpreisbremse und Mietendeckel für Cottbus/Chósebus
Antragsteller:
Fraktion Die Linke AT-39/25
- 9.9. Prüfung eines kommunalen Wohnungstausch- und Wohnflächenbonusprogramms
Antragsteller:
Fraktion Die Linke AT-40/25
- 9.10. Neuausweisung der Landschaftsschutzgebiete in der Stadt Cottbus
Antragsteller:
Fraktion SPD AT-41/25

10. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen**11. Hinweise und Anfragen****II. Nicht öffentlicher Teil**

1. **Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung**

2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 2.1. Anfrage zu Kontakt und Zusammenarbeit der Stadtverwaltung Cottbus mit der Kanzlei Migrando Rechtsanwälte
Anfragesteller:
Fraktion AfD AN-125/25

3. Berichte und Informationen

- 3.1. Oberbürgermeister
Berichtersteller:
Herr Schick
- 3.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Berichtersteller:
Herr Dr. Bialas
- 3.3. Vorsitzender des Hauptausschusses
Berichtersteller:
Herr Dr. Biesecke

4. Vorlagen der Verwaltung

- 4.1. Leistungserbringung der Cottbusverkehr GmbH für die Erfüllung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages über ÖPNV-Leistungen im Linienbündel Spree-Neiße/West, Teilnetz 1 OB-020/25
StVV
- 4.2. Entscheidung über die Antragstellung zum Brandenburg-Kredit für Kommunen I-019/25
StVV
- 4.3. Verkauf eines Grundstückes aus dem städtischen Grundbesitz II.1-026/25
HA
- 4.4. Bau und Finanzierung eines Funktionsgebäudes der Integrierten Regionalleitstelle Lausitz, Standort Feuerwache I, Dresdener Straße, Stadt Cottbus/Chósebus III.1-011/25
StVV

5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung vor.

6. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen**7. Hinweise und Anfragen****8. Schließung der Sitzung**

Cottbus/Chósebus, 08.10.2025

Der Oberbürgermeister

In Vertretung

gez. Doreen Mohaupt
Bürgermeisterin der Stadt Cottbus/Chósebus

NICHT AMTLICHER TEIL**Öffentliche Bekanntmachung**

Die Stadt Cottbus/Chósebus beabsichtigt, nachfolgende Liegenschaft in Cottbus/Chósebus zum Höchstgebot mit Vorgabe Mindestgebot (Verkehrswert) zu veräußern.

An den Weinbergen/Holbeinstraße:

Bei dem unbebauten Grundstück handelt es sich um baureifes Land in der Gemarkung Sandow, Flur 110, Flurstück 136. Das Flurstück liegt im Innenbereich (§ 34 BauGB) und im FNP als Wohnbaufläche dargestellt.

Derzeit wird das Grundstück zur Nutzung als Grabeland verpachtet (Kündigung drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres).

Noch zu vermessende Teilfläche: ca. 800 m²

Mindestgebot: 124.000,00 €

(Verkehrswert lt. Gutachten der kommunalen Bewertungsstelle vom 06.08.2025)

Kaufgebote mit Unterlagen für das Grundstück sind in einem **verschlössenen und undurchsichtigen Umschlag** mit dem deutlichen Vermerk:

Kaufpreisgebot „An den Weinbergen/Holbeinstraße“

bis **07.11.2025** an die Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus, Fachbereich Immobilien, ausschließlich Neumarkt 5 in 03046 Cottbus zu richten. Dem Kaufgebot ist ein Nutzungskonzept beizufügen. Die Aufwendungen der Bieter werden nicht erstattet. Bei Abgabe eines Gebotes von Unternehmen ist den Unterlagen ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister hinzuzufügen.

Es handelt sich bei dieser Ausschreibung um eine unverbindliche Aufforderung zur Abgabe von Kaufgeboten. Die Bestimmungen der VOL/VOB finden keine Anwendung. Die Stadt Cottbus/Chósebus behält sich vor, das Veräußerungsverfahren aufzuheben, wenn für die Stadt Cottbus/Chósebus kein wirtschaftliches Ergebnis zu erkennen ist oder das Nutzungskonzept nicht den städtebaulichen Zielvorgaben entspricht.

Nachfragen zu dem Grundstück werden unter Tel.-Nr. 0355 612-2202 beantwortet. Auf Anfrage sind Besichtigungen möglich.

Datenschutzrechtliche Hinweise finden Sie unter: www.cottbus.de/datenschutz

Cottbus/Chósebus, 23.09.2025

gez. Sarah Marose
amt. Fachbereichsleiterin Immobilien

ENDE AMTLICHER TEIL